

Sondervotum Landeskongress

Werner Meier, Edeltraud Schwarz, Georg Hock

Begründung zum Vorschlag eines Landeskongresses

(1) Demokratie bedingt die Kontrolle der Exekutive

Auf Bundesebene ist die AfD der demokratischen Praxis der anderen Parteien gefolgt und wir haben in Bremen die Schaffung des Organs Kongress beschlossen.

Auch auf Landesebene haben die meisten Parteien eine entsprechende Institution¹.

Ein entsprechendes Kontrollgremium für den Landesverband Bayern ist unabhängig von den noch vergleichsweise geringen Mitgliederzahlen sinnvoll und notwendig. Die AfD Bayern sollte hier nicht hinter den demokratischen Ansprüchen der Altparteien zurückliegen.

(2) Der Landesparteitag als singuläres Aufsichts-/Kontrollorgan ist nicht ausreichend

a) Der Landesparteitag allein kann die Kontrolle und Aufsicht nicht leisten.

- Der LPT tagt in der Regel lediglich 1 bis 2 Mal im Jahr und ist dann oftmals mit Themen total überfrachtet.
- Der LPT tagt öffentlich, d.h. eventuell notwendige kritische Fragen und Diskussionen sind immer verbunden mit dem Risiko hoher/negativer Medien-Berichterstattung.
- Die Mitglieder eines LPT haben zum Teil nicht das hintergründige Wissen für eine objektive Kontrolle/Aufsicht
- Viele Parteimitglieder wollen sich mit innerparteilichen, organisatorischen Belangen nicht befassen.

b) Ein Landeskongress stärkt die Mitgliederrechte

- Die allumfassenden Befugnisse des Landesparteitags bleiben unangetastet.
- Die Interessensvertretung der Mitglieder bleibt unterjährig gewahrt.
- Mit der Zusammensetzung des Landeskongresses kann einer Übermacht der Parteispitze („Großkopferten“) vorgebeugt werden.

c) Geringe Bürokratie durch anlassbezogene Einberufung

Um den Zeit-/Finanzaufwand gering zu halten gibt es keine satzungsrechtlich vorgegebene Sitzungshäufigkeit, so dass das Gremium lediglich bei tatsächlichem Bedarf zu tagen braucht.

Dies hat den Vorteil dass zwar ein Kontroll-/Aufsichtsgremium mit (per Satzung definierten) Rechten vorhanden ist, es aber ohne Anlass (und entsprechender Einberufung des Gremiums) weder Kosten noch Aufwand entstehen.

¹ SPD = Landesparteirat (§ 17 Landessatzung), Die Grünen = Parteirat (§ 17 Landessatzung), CSU = Parteiausschuss (§ 25 Satzung),

Die konkreten Satzungsregelungen zum Landeskongress

§ 21 Landeskongress

Aufgaben und Zuständigkeiten des Landeskongresses

- (1) Der Landeskongress berät den Landesvorstand in politischen, finanziellen und organisatorischen Fragen der Partei. Zur wirksamen Ausübung dieser Beratungskompetenz steht ihm ein umfassendes Auskunftsrecht zu.
- (2) Er beschließt über die vertikale und horizontale Finanzverteilung der staatlichen Teilfinanzierung nach Abzug der Beträge gemäß § xxx der Finanz- und Beitragsordnung.
- (3) Außerdem entscheidet er über die Ordnungen der Ausschüsse, die ihm durch die Satzung zugewiesenen Aufgaben und die durch den Landesparteitag oder den Landesvorstand zugewiesenen Aufgaben grundsätzlicher Art.
- (4) Landesparteitag und Landesvorstand können dem Landeskongress nur insoweit Aufgaben zuweisen, als dies der Satzung, Ordnungen der Partei sowie gesetzlichen Vorgaben nicht widerspricht.

Zusammensetzung des Landeskongresses

- (5) Mitglieder des Landeskongresses sind
 - a) die Vertreter aus der Mitgliedschaft.
Hierzu wählt jeder Bezirksverband pro angefangene 100 Mitglieder einen Vertreter in den Landeskongress. Die Wahlen finden mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr statt. Die Vertreterzahl wird halbjährig angepasst und richtet sich in jedem Kalenderhalbjahr nach dem Mitgliederbestand am zurückliegenden 1. Januar beziehungsweise 1. Juli des Jahres.
 - b) die Landesvorstände als nicht stimmberechtigte Mitglieder
 - c) die Europa-, Bundestags-, und Landtagsabgeordnete des Landesverbandes als nicht stimmberechtigte Mitglieder.

Funktionsträger nach b) und c) können nicht gemäß a) entsandt werden.

- (6) Der Landeskongress wählt einen Sprecher, zwei Stellvertretende Sprecher und einen Schriftführer/IT-Koordinator.
- (7) Der Landeskongress ist einzuberufen
 - a) auf Antrag des Landesparteitags
 - b) auf gemeinsamen Antrag zweier seiner Sprecher
 - c) auf Antrag des Landesvorstands
 - d) auf Antrag von fünf Kreisvorständen oder
 - e) eines Viertels der stimmberechtigten Mitglieder des Landeskongresses.

Die Einberufung erfolgt auf einen Termin nicht später als drei Wochen nach Antragstellung, wenn dies ausdrücklich beantragt wird.

Entscheidungsfindung des Landeskonzvents

- (8) Der Landeskonzvent gibt sich eine Geschäftsordnung. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der satzungsmäßigen stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Er fasst Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Beschlüsse zu Finanzverteilungsfragen nach der Finanz- und Beitragsordnung des Landesverbands bedürfen der Mehrheit des Landeskonzvents und des Landesvorstands.

Landesschatzmeisterkonferenz

- (9) Ein Ausschuss des Landeskonzvents ist die Schatzmeisterkonferenz. Sie besteht aus dem Landesschatzmeister, seinem Stellvertreter und allen Schatzmeister aus den Bezirksverbänden und den Kreisverbänden sowie den Rechnungsprüfern des Landesverbands.
- (10) Der Landesschatzmeister und ein von der Schatzmeisterkonferenz gewählter Sprecher sind gleichberechtigte Vorsitzende der Schatzmeisterkonferenz. Sie laden im gegenseitigen Einvernehmen zur Schatzmeisterkonferenz ein.
- (11) Die Landesschatzmeisterkonferenz berät den Landeskonzvent und den Landesvorstand in finanziellen Angelegenheiten. Sie entscheidet über organisatorische Aspekte des Beitragseinzugs, der Buchführung und des innerparteilichen Rechnungs- und Dokumentationswesens.

Satzungsausschuss

- (12) Ein Ausschuss des Landeskonzvents ist der Satzungsausschuss. Der Satzungsausschuss besteht aus sieben Mitgliedern und fünf Stellvertreter, die vom Landeskonzvent gewählt werden.
- (13) Der Satzungsausschuss kann durch den Landesparteitag, den Landesvorstand oder den Landeskonzvent beauftragt werden, einzelne Regelungen des Satzungswerks oder eine Satzungsrechtsreform im größeren Umfang zu erarbeiten. Er erhält darüber hinaus ein Antragsrecht zur Änderung landesrechtlicher Vorschriften gegenüber dem Parteitag.